Stadtparlament
9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch

Stadt **Gossau**

Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2005 - 2008

9. Sitzung

Dienstag, 07. März 2006, 17.00 bis 17.50 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Claudia Martin (SVP)
Anwesend Stadtparlament	29 Mitglieder
Entschuldigt	Hans Züst (FDP)
Anwesend Stadtrat	7 Mitglieder
Entschuldigt	

Traktanden

09.01 Konzept Nord; Kredit Machbarkeitsstudie; Überweisung an Vorberatende Kommission
09.02 Oberstufenzentrum Buechenwald, Baukredit; Überweisung an die Baukommission
09.03 Bürgerrechtsgesuche
09.04 Abwassersanierung Degenau; Überweisung an die Baukommission
09.05 Hallenbad Rosenau, Erneuerung Technik; Krediterteilung
09.06 Interpellation Peter Bernhardsgrütter „Betriebskonzept für den Einsatz der Kommunalmaschinen in der Stadt Gossau"; Antwort des Stadtrates
09.07 Postulat Gallus Hälg (SVP) und Bruno Damann (CVP); „Pensionskassenlösung der Stadt und der Stadtwerke"; Erheblichkeitserklärung
09.08 Neue parlamentarische Vorstösse

09.01
Konzept Nord; Kredit Machbarkeitsstudie; Überweisung an Vorberatende Kommission
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Februar 2006 mit folgenden Anträgen:

1. *Für eine Studie zur Strassenraumgestaltung Arnegg (Element A0) wird ein Kredit von CHF 35'000 bewilligt.*
2. *Für eine Machbarkeitsstudie der Umfahrung Arnegg (Element A1) wird ein Kredit von CHF 70'000 bewilligt.*
3. *Auf eine Machbarkeitsstudie der Nordumfahrung mit den Elementen B und C wird verzichtet.*

Das Präsidium beantragt die Einsetzung einer vorberatenden Kommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Es wird folgende vorberatenden Kommission eingesetzt:

CVP	Scheiwiler Patrick	Präsident
CVP	Lehmann Albert	Mitglied
FDP	Füllemann Hubert	Mitglied
SVP	Koller Benno	Mitglied
FLiG	Weibel Trudi	Mitglied

09.02
Oberstufenzentrum Buechenwald, Baukredit; Überweisung an die Baukommission
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 19. Januar 2006 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Oberstufenzentrums Buechenwald für Klassen wird ein Kredit von CHF 19'650'000 (inkl. MWSt.) bewilligt.*
2. *Für die Installation einer kombinierten Holz-/Erdgasheizung wird zusätzlich ein Betrag von CHF 277'000 (inkl. MWSt.) bewilligt.*
3. *Der Kredit ist linear innert 25 Jahren abzuschreiben.*

Beschluss des Stadtparlamentes:
Das Geschäft wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

09.03
Bürgerrechtsgesuche
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 16. Januar 2006 mit folgendem Antrag:

Den nachstehend aufgeführten Personen wird das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht erteilt:

Aus Datenschutzgründen werden die Daten der Einbürgerungskanditaten nach der Behandlung des Geschäftes entfernt.

Eintretensdiskussion:

Hanspeter Fröhlich (FDP) stellt fest, dass das Parlament zu Einbürgerungen inhaltlich nichts zu sagen hat und für ihn deshalb nur Stimmenthaltung in Frage komme. Er ersucht den Einbürgerungsrat, bei den Gesuchen künftig die Religionszugehörigkeit anzugeben.

Benno Koller (SVP): Unter den 38 Gesuchsstellern sind keine Schweizerinnen und Schweizer. Zudem liegen zu wenige Informationen für eine seriöse Beurteilung vor. Mit der Auflösung der Ortsgemeinde Gossau muss der Einbürgerungsrat neu bestellt werden. Dies soll genutzt werden, um das Parlament besser einzubinden. Wil habe beispielsweise eine parlamentarische Einbürgerungskommission. Zu prüfen sei, die Einbürgerungen künftig als letztes Geschäft unter Ausschluss von Medien und Publikum zu beraten. Zudem soll der Einbürgerungsrat in seinem Antrag namentlich aufführen, wen er gemäss Art. 106 Kantonsverfassung im besonderen Verfahren eingebürgert hat.

Stefan Schmid (SP): Für das Einbürgerungsverfahren bestehen klare Richtlinien, welche einzuhalten sind. Entscheidend ist die Integration, nicht die Religionszugehörigkeit.

Pius Keller (Stadtrat) versichert, das Anliegen der Namensnennung bei den besonderen Einbürgerungen aufzunehmen. Auf die Angabe der Religionszugehörigkeit werde der Einbürgerungsrat weiterhin verzichtet. Die Religionsfreiheit sei in der Bundesverfassung garantiert und daher die Religionszugehörigkeit für die Einbürgerung nicht relevant.

Hanspeter Fröhlich (FDP): Nicht die Religion ist massgebend, sondern eine allenfalls fundamentalistische Ausprägung einer Kultur.

Melanie Helfenberger (CVP) hält die Religionsdiskussion nicht für zielführend.

Hans Hälg (SVP) bekundet sein Unwohlsein über dieses Traktandum. So lange das Parlament nur unvollständig informiert werde, sei eine Zustimmung schwierig.

Detailberatung:
Keine Wortmeldungen

Beschluss des Stadtparlamentes:
Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird, mit einzelnen Enthaltungen, mehrheitlich zugestimmt.

09.04
Abwassersanierung Degenau; Überweisung an die Baukommission
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Februar 2006 mit folgendem Antrag:

1. *Für den Bau der Abwassersanierungsleitung Degenau wird ein Kredit von CHF 745'000 (exkl. MWSt.) gewährt.*
2. *Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement.*

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

09.05
Hallenbad Rosenau, Erneuerung Technik; Krediterteilung
Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Februar 2006 mit folgendem Antrag:

Für die Erneuerung Technik Hallenbad Rosenau wird ein Kredit von CHF 285'000 inkl. MWSt. bewilligt.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung:
Keine Wortmeldung.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

09.06
Interpellation Peter Bernhardsgrütter „Betriebskonzept für den Einsatz der Kommunalmaschinen in der Stadt Gossau"; Antwort des Stadtrates
Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 2. Februar 2006.

Interpellant **Peter Bernhardsgrütter (CVP)** erklärt sich mit der Antwort des Stadtrates zufrieden. Er strebe eine optimale Auslastung und den sachgerechten Einsatz von Kommunaltraktoren, Grossrasenmähern und anderen grossen und teuren Geräten an. Der Stadtrat habe diese Problematik erkannt und sei zu entsprechendem Handeln bereit.

09.07
Postulat Gallus Hälg (SVP) und Bruno Damann (CVP); „Pensionskassenlösung der Stadt und der Stadtwerke"; Erheblichkeitserklärung

Eintretensdiskussion:

Gallus Hälg (SVP) betont, das Postulat der überparteilichen Wirtschaftsgruppe des Parlaments, strebe keine Kürzung der jetzigen Pensionskassenleistungen an sondern eine Überprüfung der aktuellen Lösung. Er erläutert Unterschiede zwischen dem Beitrags- und dem Leistungsprimat.

Alex Brühwiler (Stadtpräsident) führt aus, dass der Stadtrat in der Mehrjahresplanung die Überprüfung der Anstellungsbedingungen vorgesehen und bereits eingeleitet hat. Er orientiert, dass der Deckungsgrad der Pensionskasse St. Gallischer Gemeinden Ende 2005 bei rund 100 % liegt und nie ein Risiko für die Steuerzahler bestanden habe, weil Gossau keine Verpflichtung hat, allfällige Unterdeckungen zu finanzieren. Die Pensionskasse sei als Bestandteil der gesamten Personalpolitik zu sehen. Ein Franken Rente kostet im Beitragsprimat und im Leistungsprimat gleich viel. Gemäss Pensionskassenstatistik bezahlen im Schweizer Durchschnitt die Arbeitgeber 62 % der Prämien; die Stadt Gossau leiste einen Arbeitgeber-Beitrag von 60 %.Die Pensionskasse St.Galler Gemeinden sieht derzeit keinen Primatwechsel vor, schliesst aber nicht aus, dass in einigen Jahren beide Primate angeboten werden. Der Stadtrat stellt sich nicht gegen die Erheblicherklärung.

Hanspeter Fröhlich (FDP): Die FDP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Erheblicherklärung. Im Dienstleistungssektor liegt der Arbeitgeberanteil mehrheitlich über 50 Prozent. Das Leistungprimat hat bei Lohnerhöhungen erhebliche Nachzahlungen zur Folge, das Beitragsprimat sei ehrlicher und gerechter.

Bruno Damann (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt das Postulat grossmehrheitlich und hält die Überprüfung der Pensionskassenlösung für notwendig. Das städtische Personal soll eine gute, faire und zukunftsgerichtete Pensionskasse haben. Das Postulat ist eine politische Unterstützung der stadträtlichen Absichten. Ein Verbleib bei der jetzigen Kasse ist nicht ausgeschlossen. Der Stadtrat soll alle Vor- und Nachteile der jetzigen Lösung und von Varianten für den Stadthaushalt und das Personal aufzeigen.

Stefan Schmid (SP) bezeichnet die Öffnung der Pensionskasse zum Beitragsprimat als entscheidend. Die übrigen Aspekte betrachte er als untergeordnet.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Das Postulat wird mehrheitlich erheblich erklärt.

09.08
Neue parlamentarische Vorstösse
Einfache Anfrage Marianne Federer (FLiG) "Nutzung Schwesternhaus"
Interpellation Hanspeter Fröhlich (FDP) "Kosten Stadtentwicklung"
Interpellation Stefan Schmid (SP) "Energieeffizienz bei Bauten der Stadt Gossau"
Interpellation Robin Wehrle (FLiG) "Massnahmen gegen Feinstaubbelastung"

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium auf dem Zirkulationsweg am 13. März 2006 genehmigt.

Claudia Martin	Urs Salzmann
Präsidentin	Stv. Stadtschreiber